european forum for freedom in education

Husemanplatz 3-4
D-44787 Bochum

Fon/Fax: +49 234 610 4736/ 38
contact@effe-eu.org
www.effe-eu.org

Brüssel, Dezember 2008

effe-Stellungnahme

als Antwort auf das Grünbuch der Europäischen Kommission

Migration & Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme - KOM(2008) 423 endgültig

Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen –*effe*- ist eine Nichtregierungsorganisation, die sich mit der Qualität und Wirksamkeit der Bildungssysteme in Europa befasst. Unsere Mitglieder sind aktive europäische Bürger aus dem Bildungsbereich – Rektoren, Lehrer, Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Schüler/Kinder und Eltern – sowie Vertreter aus dem Bereich der Bildungsverwaltungen und Universitäten. Wir sind offen für alle, für die kindorientiertes Lernen und Pluralität im Bildungswesen wichtige Themen sind. Das Haupanliegen des *effe* ist die Förderung der Vielfalt im Bildungswesen, die für uns ein Indikator für Qualität ist. Unser Hauptaugenmerk liegt auf der Grund- und Sekundarschulbildung.

Das *effe* ist ein Mitglied der "Eucis-LLL"-Plattform und eine der Europäischen Interessenorganisationen, die zu Fragen der Bildungspolitik im Hinblick auf die europäischen bildungspolitischen Maßnahmen nach 2010 konsultiert wurden.

Zunächst möchten wir unterstreichen, dass wir das Grünbuch der Europäischen Kommission begrüßen, da das Thema Migration eine wichtige Herausforderung im Bildungswesen darstellt. Durch das Eingehen auf dieses Thema wurde eine Diskussion angeregt, die garantiert, dass sich die Mitgliedsstaaten und die verschiedenen Interessengruppen im Bildungswesen mit diesem Thema befassen.
Das Grünbuch beschreibt einige umfassende Absichten, die wir uneingeschränkt unterstützen, wie beispielsweise die Bedeutung der Sprache, der Unterrichtsqualität und der Schulleitung.

Insbesondere möchten wir folgende Anmerkungen machen, die wir entsprechend den Fragen der offenen Konsultation strukturieren.

- **Die politische Herausforderung**

Wie das *effe* bereits in anderen Strategiepapieren festgestellt hat, bitten wir dringend um ein Umdenken bezüglich des Grundparadigmas der Bildungspolitik: Die Integration in den Arbeitsmarkt (Seite 8) sollte nicht das Hauptziel der Bildung sein. Auch hier ist die Frage zu stellen: Wozu dient Bildung? Angesichts der derzeitigen

Gefahren in einer globalisierten Welt ist anderen Zielen verbunden mit praktischen politischen Maßnahmen der Vorrang zu geben. Demokratische Werte sind ebenso wichtig wie soziale Kohäsion und auch, wie man die Menschen dazu bringt, sich als Teil der Gesellschaft zu fühlen, in der sie leben.
Der Akzent sollte daher stärker auf ein kindorientiertes Lernen und die Einbeziehung der Eltern und Gemeinschaft gesetzt werden. Eine gute Qualität der Bildung hängt von diesem gut funktionierenden Dreieck ab und nach unserer Auffassung wird dies die Hauptherausforderung sein: Schule-Eltern-Gemeinschaft.
Darüber hinaus bezieht sich das Dokument auf Migrantenschüler im Allgemeinen, aber die politischen Antworten gehen meist nur auf nicht-westliche Migrantenschüler ein. Hier sollte vielleicht auch im Grünbuch eine Differenzierung erfolgen. Außerdem ist das *effe* der Auffassung, dass die meisten Probleme, auf die in dem Buch eingegangen wird, ihren Hintergrund im städtischen Bereich haben. Es ist daher wichtig, für diese spezifischen Probleme Lösungen zu finden und diese in politische Maßnahmen einzubinden.
Schlechte Schulleistungen werden häufig als Folge der sozioökonomischen Probleme der Migrantenfamilien gesehen. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass die sozioökonomische Situation der Eltern *alle* Kinder betrifft, unabhängig von ihrem ethnischen Hintergrund. Trotzdem sind eine schlechte sozioökonomische Situation und ein Migrationshintergrund zwei Faktoren, die sich in ihrer Kombination gegenseitig negativ verstärken. Da die negative Wirkung einer schlechten sozioökonomischen Situation bereits nachgewiesen wurde, wären politischen Maßnahmen nutzbringend, die sich dieses Problems annähmen – diese hätten dann auch eine positive Auswirkung auf die Integration.

- **Gute politische Antworten auf diese Herausforderung**

Die Kommission bemerkt zu Recht, dass sich der Aufbau des Bildungssystems und wie sich Schulen und Lehrer ihm gegenüber verhalten, signifikant auswirken kann. Es scheint sich erwiesen zu haben, dass Chancengleichheit in den Bildungssystemen eine gute politische Antwort auf diese Herausforderungen ist. Aber auch hier muss man vorsichtig sein: Chancengleichheit kann nicht auf staatliche Anweisung erreicht werden (Egalitarismus). Im Gegenteil sollten Bildungsinitiativen aus der Bürgergesellschaft gefördert und unterstützt werden, weil sie Zeichen eines von unten nach oben gerichteten Strebens nach Qualität im Bildungswesen mit oft guten Ergebnissen sind. In gleicher Weise sollten die Mitgliedsstaaten unterstützt werden, mit der "weißen Flucht" umzugehen. Politische Maßnahmen sollten nicht versuchen, die Wahlmöglichkeiten der Eltern im Hinblick auf die Bildung ihrer Kinder einzuschränken. Erstens, weil dies den Konventionen der UN widerspricht, und zweitens, weil dadurch die Segregation nicht gestoppt werden kann.[1]

[1] Es gibt Beispiele, die zeigen, dass Segregation nicht zwangsläufig der Grund für schlechte Schulleistungen von Kindern ist. PISA Kopenhagen zeigte beispielsweise, dass Schulen mit 100% Migrantenkindern die besten Ergebnisse erreichten. Der Grund hierfür ist, dass solche Schulen den kulturellen Hintergrund ihrer Schüler, die besonderen Bedingungen von Migranteneltern und Unterricht in der Muttersprache der Schüler einbeziehen. Dass die Kinder als Einzelpersonen betrachtet wurden und ihren Platz in der Gruppe nicht erkämpfen mussten, schien ihnen persönlichen Rückhalt für das Lernen zu geben und ein wichtiger Faktor bei der Verhinderung von Schulversagen zu sein. Siehe Gry Thorsen: ”Koran, jeg hader piger, mand”, www.grythorsen.dk

Außerdem möchten wir folgende Anmerkungen machen:
In Abschnitt 3.3 (Punkt 29) wird auf zusätzliche **Klassen in der Sprache des Aufnahmelandes und frühe Sprachtests** für alle Kinder hingewiesen. Man muss jedoch vorsichtig damit sein, solche Maßnahmen zu unterstützen, ohne zuvor geklärt zu haben, was hier gute Maßnahmen sind, denn zusätzliche Klassen können Migrantenkinder beispielsweise auch zu Außenseitern stempeln und Tests können die natürliche Neugier abtöten und zu Schulverdrossenheit führen. Folgende Frage ist zu stellen: Werden Sprachtests tatsächlich die Sprachkenntnisse fördern, wie im Grünbuch angedeutet?[2]
Im Hinblick auf die **gezielte Unterstützung** möchten wir feststellen, dass gezielte Maßnahmen nicht immer wirklich integrativ wirken und eher zu einer Verstärkung als Minderung der Segregation führen können. Daher möchten wir die Kommission dringend bitten, gute Maßnahmen zu suchen, die die Integration von Migranten in die Gesellschaft unterstützen.

Darüber hinaus möchten wir darauf aufmerksam machen, dass die Situation von Migrantenkindern mit der **Situation von frühzeitigen Schulabgängern** vergleichbar ist. Beide Gruppen zeigen ähnliche Symptome, wie Schulverdrossenheit und geringes Selbstvertrauen. Man kann daher auf bereits bestehende Forschungen zur Verhinderung von frühzeitigen Schulabgängen zurückgreifen. Verschiedene Forschungsprojekte zu diesem Thema haben sich, jedes auf seine Weise, erfolgreich dem Problem der frühzeitigen Schulabgänge gewidmet.[3] Man erkennt jedoch, dass es einige Charakteristika gibt, die allen Projekten gemeinsam sind, nämlich:

- Sie beschäftigen sich alle mit der Ausbildung der gesamten Person – kreative, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung in gleicher Weise wie akademische Entwicklung.
- Sie legen großen Wert auf positive Beziehungen, in denen der Lehrer seine Schüler gut kennt und eine sichere und unterstützende Umgebung schafft.
- Lernen ist eine Tätigkeit, die auf aktiver Teilnahme und Zusammenarbeit beruht.
- Die Meinung der Jugendlichen ist gefragt – sie haben Mitspracherechte bei allen Entscheidungen, die sie betreffen.

---

[2] In Bezug auf die Interdependenzhypothese beim Spracherwerb (Bericht "Bildung und Migration" (Education and Migration Report), S. 71, möchten wir feststellen, dass wenngleich bisher kein Nachweis zur Stützung der Interdependenzhypothese gefunden werden konnte, unklar ist, wie man zu der folgenden Schlussfolgerung kommen kann: "eine einfache historische Beobachtung, dass viele Millionen Immigrantenkinder […] sie (die Nationalsprache) schnell erlernen, ohne zuvor solide Kenntnisse in der Sprache ihrer Väter und Mütter erworben zu haben". Unserer Meinung nach kann sich dies als eine recht gefährliche politische Botschaft erweisen. Daher entgegnen wir Folgendes:
-eine selbst erlernte "Straßensprache" findet in einer Wissensgesellschaft keine Verwendung, im Gegenteil: Sprachkompetenz ist sehr komplex. (Cummins 2000) (Greene 1998)
- Amerikanische und britische Forscher haben vor der Methode des "sich selbst Überlassens" (*sink or swim method*) gewarnt, wonach sich die Kinder - ohne Rücksicht auf ihr Sprachniveau - dem normalen Unterricht anzupassen haben (Crawford 2000).
Eigentlich hätte der Bericht zu einer anderen Schlussfolgerung kommen können, nämlich dass jede Maßnahme, die den Migrantenkindern hilft, am täglichen Schulleben konstruktiv teilzunehmen, ergriffen und gefördert werden sollte. Das Erlernen der Herkunftssprache, das Vorhandensein von Lehrern derselben Muttersprache, um den Kontakt mit den Eltern zu fördern usw. sind hilfreich.

[3] Siehe "effe-Bericht über frühzeitige Schulabgänge" (effe-report on Early School Leaving), www.effe-eu.org

- Familien sind mit einbezogen – die Schule oder die Einrichtung tut sehr viel, um mit Eltern /Sorgeberechtigten zusammen zu arbeiten.
- Es gibt eine Zusammenarbeit mit der örtlichen Umgebung.
- Kleine Strukturen

Als herausragendes Beispiel für ein **außerlehrplanmäßiges Angebot**, das Einfluss auf die gesamte Entwicklung von jungen Menschen hat, möchten wir auf das System der "efterskole" in Dänemark hinweisen.

In Bezug auf **Vorschulerziehung** meint das *effe*, dass sie viele Vorteile bringt. Aber auch hier ist Vorsicht geboten: Sie bringt nur dann wesentliche Vorteile, wenn "Qualität" gewährleistet wird. In Ländern wie Belgien und Frankreich beispielsweise, in denen Vorschulerziehung weithin angeboten und in Anspruch genommen wird (99%), konnten keine sichtbaren Vorteile für Migrantenkinder nachgewiesen werden. PISA Belgien zeigte, dass Schulleistungen stark mit einem Migrationshintergund und der sozioökonomischen Situation korrelieren. Wir raten der Europäischen Kommission daher, "Qualität" zu definieren. Das *effe* hat auch Bedenken bezüglich des Begriffes "Vorschulerziehung". **Frühkindliche Erziehung ist nicht gleich Vorschule**. Spielen, Zuwendung und die soziale und emotionale Bildung müssen in den ersten Jahren das Hauptanliegen bleiben.

In Bezug auf **Qualitätsstandards** haben neue Forschungen (Schweden: Axelsson 2002, Norwegen: Hyltenstam u.a. 1996, USA: Brisk 1998, Collier&Thomas 2002, Kanada: Cummins 2000) ergeben, dass die Schule und insbesondere die Qualität des Unterrichts wesentliche Faktoren für gute Schulleistungen sind. Die Qualität des Unterrichts wurde methodisch-didaktisch sowie auch organisatorisch definiert.

Im Hinblick auf gute politische Antworten betrachtet das *effe* zusammenfassend folgende Faktoren als wesentlich:
- Kindorientierter Unterricht
- Förderung und finanzielle Unterstützung für integrative Gemeinschaftsarbeit
- Aufbau eines Kontakts mit den Eltern
- Anreize für Lehrer, Schulleiter und sonstige Lehrkräfte
- Mehr Lehrer mit Migrationshintergrund
- Autonomie im Hinblick auf die Leitung und den Lehrplan, um eine Reaktion auf Probleme zu ermöglichen
- Qualitativ hochwertige berufliche Fortbildung für alle Lehrkräfte

▪ Die mögliche Rolle der Europäischen Union zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten

In Bezug auf die **Europäischen Programme** möchten wir der Kommission raten, die Bürokratie im Zusammenhang mit Beihilfen zu reduzieren und Austauschprogramme für Schüler, Studenten, Lehramtsstudenten und Lehrer mit Migrationshintergrund aufzustellen.
In Bezug auf die offene Methode der Koordinierung meinen wir, dass die wesentliche Rolle der Europäischen Kommission darin besteht, gute Maßnahmen zu sammeln und das richtige Paradigma bei der Suche nach politischen Antworten einzubringen. Daher möchte das *effe* der Europäischen Kommission raten, ihre Vorschläge in Bezug auf künftige Zusammenarbeit stärker auf folgende Punkte zu konzentrieren:

- Anstreben einer Qualitätsverbesserung für alle Schulen
- Individualisierung der Unterrichtsansätze für alle
- Allgemeiner Zugang zu qualitativ hochwertiger, kindorientierter und altersgemäßer frühkindlicher Erziehung

Wir meinen auch, dass der Lehrerausbildung höhere Priorität eingeräumt werden und die Entwicklung eines tiefen Verständnisses dafür beinhalten sollte, wie Lernen funktioniert und wie sich Kinder entwickeln. Die Lehrer sollten die Fertigkeiten erlernen, die benötigt werden, um die Lernenden zu leiten und zu begleiten. Sie müssen die Geschichte und Philosophie der Erziehung verstehen und über gründliches Fachwissen verfügen. Daher empfehlen wir der Europäischen Kommission, die Mitgliedsstaaten dringend zu bitten, der Lehrerausbildung im oben dargestellten Sinne Priorität einzuräumen.

Darüber hinaus möchten wir die Kommission dringend bitten, den Mitgliedsstaaten bei der Suche nach den besten Maßnahmen anzuraten, Beispiele aus *allen* Schulen und Bildungseinrichtungen zu sammeln und nicht nur aus staatlichen Schulen. Wir empfehlen daher auch, dass Eurydice nicht nur Informationen von staatlichen Schulen sammelt, sondern vielmehr von einer Vielfalt von Bildungseinrichtungen.

Schließlich glauben wir nicht, dass die Einführung von mehr Benchmarks und Indikatoren zu besseren und stärkeren Umorientierungen in der Politik auf Ebene der Mitgliedsstaaten führen wird. Wir sehen im Gegenteil Bedarf an einer gründlichen Revision des Testens und zählbaren Bewertens. Tests ersticken das Lernen. Immer mehr Zeit wird für Tests aufgewendet statt für die eigentliche Ausbildung und Tests lassen viele Kinder zu Versagern werden.

- **Ansichten zur Zukunft der Richtlinie 77/486/EWG**

Das *effe* ist der Auffassung, dass die Ziele der Richtlinie 77/486/EWG über die schulische Betreuung von Kindern von Wanderarbeitnehmern noch immer Gültigkeit hat: Der Sprachunterricht für Kinder von Wanderarbeitnehmern bleibt ein wichtiges Thema. Er unterstützt die Vereinfachung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer – die Richtlinie stützt sich auf den ehemaligen Artikel 49, heute Artikel 40 – und fördert zugleich die Integration der betroffenen Kinder und Familien. Die Richtlinie ist auch nicht überholt. 21 Mitgliedsstaaten, insbesondere die neuen Mitgliedsstaaten, haben Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht eingeführt. Die Richtlinie ist auch recht flexibel und lässt den Mitgliedsstaaten viel Spielraum, um den Besonderheiten ihrer nationalen Bildungssysteme Rechnung zu tragen.
Daher empfehlen wir die Anwendung der offenen Methoden der Koordinierung, um ein genaueres Bild davon zu erlangen, welche Anpassungen an der Richtlinie notwendig sein könnten, um sie den neuen Entwicklungen anzupassen, zum Beispiel im Hinblick auf die Methoden des Sprachunterrichts für jüngere Kinder (siehe unsere Anmerkungen weiter oben). Dies könnte insbesondere den sechs Mitgliedsstaaten, die die Richtlinie noch nicht in nationales Recht umgesetzt haben, dabei helfen, dies zu tun.
Bis heute bezieht sich die Richtlinie nur auf Kinder von Wanderarbeitnehmern, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates sind. Vielleicht sollte in Betracht gezogen

werden, die Richtlinie auf Wanderarbeiter aus Drittländern auszuweiten. Dies würde die Bedeutung der Richtlinie erheblich erhöhen.

Karel Rýdl	Ingo Krampen, Birte Lund, Jürgen Erdmenger	Ole Pedersen	Lies Feron
Präsident *effe*	Für den *effe*-Vorstand	Für den *effe*-Council	*effe*-Koordinatorin